



Stundenthema

Westintegration vor Wiedervereinigung?  
Die Außenpolitik der Ära Adenauer



Grundprinzipien von Adenauers Außenpolitik

Adenauers Außenpolitik war sehr auf Westintegration und Wiedererlangung der Souveränität der jungen BRD bedacht. Geprägt war sie außerdem von Misstrauen gegenüber der Sowjetunion und einer antikommunistischen Einstellung.

Ziele	Praktische Umsetzung
Westintegration (in Europa und westliche Bündnissysteme) vor Wiedervereinigung	Beitritt zur Montanunion <sup>1</sup> (1951) Gründungsmitglied der EWG <sup>2</sup> im Rahmen der Römischen Verträge (1957)
Politik der Stärke gegenüber SU und Eindämmung des Kommunismus	EVG-Plan <sup>3</sup> 1952 (1954 gescheitert) NATO-Beitritt (1955) Wiederbewaffnung/Gründung Bundeswehr (1955)
Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität	Pariser Verträge <sup>4</sup> (1955) Selbstbewusstes Auftreten Konrad Adenauers
Alleinvertretungsanspruch der BRD für ganz Deutschland	„Hallsteindoktrin“ <sup>5</sup> (1955)

Reaktionen auf Adenauers Politik

Insgesamt wurde Adenauers Anbindung an die westlichen Alliierten von weiten Teilen der Bevölkerung getragen, auch wenn der Wunsch nach Wiedervereinigung noch sehr groß war.

Heftige Kritik regte sich angesichts der Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg vor allem von Seiten der SPD gegen die Wiederbewaffnung und Gründung der Bundeswehr.



<sup>1</sup> Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) / Montanunion, war ein europäischer Wirtschafts-verbund und ein Vorläufer der EG. Er gab allen Mitgliedstaaten Zugang zu Kohle und Stahl, ohne Zoll zahlen zu müssen. Die Gründerstaaten des EGKS-Vertrages waren Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.

<sup>2</sup> Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war der ursprüngliche Name eines Zusammenschlusses europäischer Staaten zur Förderung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik im Rahmen der europäischen Integration. 1957 wurde die EWG mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge durch Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

<sup>3</sup> Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) von 1952 sollte eine europäische Armee schaffen und damit auch eine weitere westeuropäische Einigung fördern. Frankreich, die Benelux-Staaten, Italien und die Bundesrepublik Deutschland wären daran beteiligt gewesen. Das Projekt scheiterte 1954, als es im französischen Parlament keine Mehrheit erhielt.

<sup>4</sup> Die Pariser Verträge sind ein Vertragswerk, welches das Besatzungsstatut in Westdeutschland beendete und der Bundesrepublik die Souveränität verlieh, die allerdings noch über die Wiedervereinigung 1990 hinaus bis zum Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages 1991 durch alliierte Vorbehaltsrechte eingeschränkt war. (Eingriff bei inneren und äußeren Notständen / Frage der Wiedervereinigung)

<sup>5</sup> Die Hallstein-Doktrin war eine außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1969. Sie besagte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik durch Drittstaaten als „unfreundlicher Akt“ der Bundesrepublik gegenüber betrachtet werden müsse. Ziel war es, die DDR außenpolitisch zu isolieren.